



Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik

6. Sitzung (öffentlich)

29. Januar 2001

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 16.55 Uhr

Vorsitz: Ute Koczy (Grüne)

Stenograf: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:	Seite
1 Nachhaltige Entwicklung - ein Gestaltungsauftrag für Umwelt und Schule	
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 13/404	1
Dem Bericht durch Staatssekretärin Friedrich (MUNLV) schließt sich eine Aussprache an.	
2 Die deutsche Sprache in der Europäischen Union aufwerten	
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 13/414	4

Dem Bericht von MR Dockter schließt sich eine kurze Aussprache an.

3 Kongress "NRW in globaler Verantwortung" vom 30.11. bis 01.12.2000

Vorlage 13/59

6

Dem Bericht von Staatssekretärin Friedrich (MUNLV) schließt sich eine Aussprache an.

4 Stiftung Umwelt und Entwicklung

9

Staatssekretärin Friedrich (MUNLV) informiert über den Verfahrensstand.

5 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4000

in Verbindung damit

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2001 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2001:

hier: § 20 Abs. 2 Nr. 4

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/402

11

Der Ausschuss berät Detailfragen zum Einzelplan 02 - Ministerpräsident. Zu den Europa- und Eine-Welt-spezifischen Fragen des Einzelplans 01 - Landtag - und des Einzelplans 10 - Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz - ergeben sich keine weiteren Nachfragen.

6 Verschiedenes

Siehe Seiten 12 und 13 des Diskussionsteils.

7 Ergebnisse des Europäischen Rates (Nizza) am 8./9. Dezember 2000

13

Der Ausschuss erörtert die Ergebnisse des Europäischen Rates von Nizza unter Beteiligung der MdEPs Elmar Brok, Prof. Dr. K. Hänsch und des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten, Samland.

5 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4000

in Verbindung damit

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2001 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2001:

hier: § 20 Abs. 2 Nr. 4

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/402

Aus dem **Ausschuss** ergeben sich zu den Europa- und Eine-Welt-relevanten Haushaltspositionen im **Einzelplan 01 - Landtag** - und im **Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** - keine weiteren Nachfragen.

Sodann wendet sich der **Ausschuss** der einschlägigen Beratung zum **Einzelplan 02 - Ministerpräsident** - zu:

Kapitel 02 030 Europa- und internationale Angelegenheiten möchte **Werner Jostmeier (CDU)** im Zusammenhang mit dem **Titel 534 10, Aufwendungen für die Pflege der Auslandsbeziehungen des Landes**, wissen, ob die Kürzung um 1,25 Millionen DM im Zusammenhang damit stehe, dass für Maßnahmen zur Förderung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit den Niederlanden, Belgien und Luxemburg Mittel in Höhe von 350.000 DM erstmalig etatisiert worden seien (siehe Titel 534 30). Selbst unter Berücksichtigung dieses Ansatzes verbleibe ein Restbetrag von 875.000 DM. Bestehe in diesem Zusammenhang eine Korrespondenz mit dem Titel 684 50 für Zuschüsse zur Förderung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit den Niederlanden, Belgien und Luxemburg? - Gekürzt werde der Ansatz für "Zuschüsse für Projekte im Ausland" um 394.000 DM. Werde hier gekürzt, um den neu geschaffenen Titel bedienen zu können? Wie hingen die erwähnten Titel untereinander zusammen?

Dietmar Brockes (F.D.P.) kommt auf die "Zuschüsse für Projekte im Ausland" zu sprechen: Im Einzelplan 10 seien "Zuschüsse für Maßnahmen der technischen Zusammenarbeit" aufgeführt. Welche Unterschiede bestünden zwischen diesen beiden Positionen?

Ministerialrat Dockter (Staatskanzlei) geht auf die an das Haus gerichteten Fragen ein: Zwar gebe es bei den angesprochenen Titeln eine Art inhaltliche Korrespondenz; allerdings

seien die Zielorientierung sowie die Ausrichtung auf Regionen anders. Es gehe um stärker auf Osteuropa ausgerichtete Projekte und Kooperationen. Auf diese habe der Minister in der September-Sitzung des hiesigen Ausschusses hingewiesen. Der Titel im Einzelplan 10 habe stärker auf Eine-Welt-politische Maßnahmen in den so genannten Entwicklungsländern abgehoben.

Bei der Veranschlagung der Mittel für Zwecke der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit und die Kooperation mit den Benelux-Staaten gebe es einen leichten Systemwechsel. Für die Benelux-Kooperation habe es im Vorjahr nur einen Zuwendungstitel der Hauptgruppe 6 gegeben, aus dem Maßnahmen Dritter gefördert werden konnten. In diesem Jahr komme ein Titel der Hauptgruppe 5 hinzu. Aus dem könnten solche Projekte gefördert werden, die die Landesregierung selbst durchführe. Die gleiche Absicht habe die Staatskanzlei mit der Einrichtung eines zweiten Titels bei der Europa-Initiative verfolgt. Die Titel aufaddiert, ergäben sich auf die Basis bezogen Beträge, die den Ansätzen aus dem Jahre 2000 entsprechen. Allerdings habe sich die Landesregierung bei den disponiblen Ausgaben veranlasst gesehen, eine "Vorgabe" des Finanzministers umzusetzen, um die notwendigen Haushaltseinsparungen zu erbringen.

Werner Jostmeier (CDU) schlägt namens seiner Fraktion vor, den Mittelansatz für "Zuschüsse für Projekte im Ausland" nicht zu kürzen, sondern statt dessen dort auf 3,5 Millionen DM aufzustocken. Verwandt werden sollten die Mittel für die Weiterqualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Medienbereich in einer Region nördlich von Kanaus. Dort sei auf Druck Westeuropas das Kernkraftwerk als großer Arbeitgeber stillgelegt worden. Bedauerlich sei, dass trotz aller positiven Willensbekundungen der Beteiligten das Projekt gescheitert sei, weil sich die Staatskanzlei nicht zur Verfügung gestellt habe.

Ministerialrat Dockter stellt klar, er habe in seinem Beitrag lediglich auf Mittel für die Benelux-Kooperation und die Europa-Initiative abgehoben. Der vom Abgeordneten Jostmeier angesprochene Titel sei von den Umstrukturierungsmaßnahmen nicht betroffen. Der Titel sei im Rahmen der Beschlussfassung des Kabinetts über den Haushaltsentwurf genauso gekürzt worden wie alle anderen Titel.

6 Verschiedenes

Ausschussvorsitzende Ute Koczy erinnert an die **Anhörung zur Daseinsvorsorge**. Die Resonanz auf die Einladung an die Expertinnen und Experten sei erfreulich.